

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/38

Bonn, den 25. Februar 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Vergesst nicht die Eltern, Witwen und Waisen</u> <u>unserer Kriegsoffer!</u> Zum Kriegshinterbliebenenkongreß der SPD in Heilbronn Von Helmut Bazille, MdB	86
3	<u>Hilflosigkeit</u> Für das Sozialpaket findet sich keine Mehrheit	45
4	<u>Unpolitische deutsche Jugend ?</u> Aufschlußreicher Brief eines Bundeswehrsoldaten	46
5 - 6	<u>Frage: "Wir haben Fehler gemacht"</u> Regime zu einer Reihe unpopulärer Maßnahmen gezwungen Von Rudolf Hornig	94

Chefredakteur Günter Markscheffel

25. Februar 1964

Vergesst nicht die Eltern, Witwen und Waisen unserer Kriegsofrier

Zum Kriegshinterbliebenenkongreß der SPD in Heilbronn

Von Helmut Bazille, MdB

Schon wenige Wochen nach der Verabschiedung des Zweiten Neuordnungsgesetzes in der Kriegsofrierversorgung veranstaltet die SPD am 28. und 29. Februar in Heilbronn einen Kriegshinterbliebenenkongreß. Sie macht damit deutlich, daß das Kriegsofrierrecht durch den jüngsten Gesetzgebungsakt des Deutschen Bundestages nicht zum Abschluß gebracht worden ist, sondern daß es der weiteren Entwicklung bedarf. Dieser Kongreß läßt aber auch einen Schwerpunkt erkennen für die weitere Entwicklung dieses besonderen Rechts.

\* \* \*

Für die Öffentlichkeit dürfte es zunächst einmal von Interesse sein, mit einigen Zahlen vertraut gemacht zu werden, die im allgemeinen wenig bekannt sind. In der Kriegsofrierversorgung befinden sich zur Zeit mehr als 1/2 Million Witwen, die älter als 60 Jahre und daher meist nicht mehr erwerbsfähig sind. Das sind rund 40 Prozent aller versorgungsberechtigten Kriegerwitwen. Die stärkste Gruppe der Witwen wird von den Jahrgängen zwischen 1906 bis 1915 mit 534.000 gebildet. Diese Kriegerwitwen sind jetzt etwa 48 bis 58 Jahre alt; es sind dies 45 Prozent aller Kriegerwitwen.

Die Zahl der Kriegerwitwen unter 40 Jahren beträgt voraussichtlich weniger als 5 Prozent der Gesamtzahl der versorgungsberechtigten Witwen.

Die Kriegerwitwen haben etwa 1,5 Millionen Kriegerwaisen großgezogen. Bis zum 31. 12. 1962 waren nur noch 200.000 Waisen in der staatlichen Versorgung; davon hatten mehr als die Hälfte das 18. Lebensjahr bereits überschritten.

- \* Hinter diesen Zahlen verbirgt sich das Massenschicksal der
- \* Kriegerwitwen. Es ist in den für das Schicksal dieser Frauen
- \* entscheidenden Jahren dadurch gekennzeichnet, daß eine man-
- \* gelhafte Versorgung den Großteil dieser Witwen dazu verur-
- \* teilt hat, ihre Kinder sogenannte "Schlüsselkinder" werden
- \* zu lassen.

Die Lebensprobleme, die sich aus diesem Sachverhalt für die verterlosen Familien in der Zukunft ergeben, gilt es zu untersuchen. In der Weimarer Zeit, d.h. also bis 1933, bestanden in Deutschland vier Institute für Sozialerziehung, die sich der Untersuchung und Meisterung derartiger sozialerzieherischer Probleme zugewandt hatten. Sie sind bis jetzt nicht wieder besetzt oder neu errichtet worden. Jeder Versuch einer Bestandsaufnahme begegnet deshalb großen Schwierigkeiten.

\* \* \*

Der Kriegshinterbliebenenkongreß der SPD stellt einen ersten vorsichtigen Versuch dar, diese Problematik in den Griff zu bekommen. Sie besteht auch für diejenigen Witwen, die ihren Kindern noch das Heim erhalten konnten und nicht einer vollen Berufstätigkeit

nachgehen mußten. Für sie ergibt sich häufig nach Beendigung der Ausbildung ihrer Kinder noch in fortgeschrittenem Alter die Aufgabe sich zur Erhaltung ihrer eigenen Existenz in das Berufsleben zu begeben. Das ist ohne Vor- und Weiterbildung nur sehr schwer möglich und stellt Staat und Gesellschaft daher vor neue Aufgaben.

Nach einer Feststellung von Professor Dr. B o r n e m a n n , dem Herausgeber des Handbuches der Sozialerziehung, wird den Müttern, deren Kinder ein Studium absolvieren, die Zeit fehlen, geistig mit ihren Kindern weiter zu wachsen. Dadurch ist der dauerhafte Kontakt dieser Kriegserwitwen mit ihren Kindern unendlich erschwert und das Problem der seelischen Vereinsamung ist bei ihnen besonders groß.

\* \* \*

Zu den Kriegshinterbliebenen zählen jedoch nicht nur Witwen und Waisen, sondern auch Kriegseltern. Ihre Gesamtzahl ist statistisch nie festgestellt worden. Sie läßt sich aber aus der Zahl der rund 3,6 Millionen Kriegstoten auf etwa noch 1,1 Millionen schätzen. Etwa ein Fünftel von ihnen wird nach dem Bundesversorgungsgesetz versorgt. Mehr als 80 Prozent der versorgten Kriegseltern steht heute im Alter zwischen 60 und 80 Jahren. Ein Nachrücken aus jüngeren Jahrgängen ist kaum in nennenswertem Umfange zu erwarten.

- \* Obgleich das Zweite Neuordnungsgesetz in der Kriegsofopferver-
- \* sorgung die Elternrente erheblich angehoben hat, bleiben die
- \* Elternrenten weiter teilweise hinter den Leistungen der So-
- \* zialhilfe zurück. Dies wird besonders bei der erheblichen
- \* Verteuerung der Lebenshaltung durch die Mietpreisfreigabe
- \* deutlich werden.

Es läßt sich indes die Lebenssituation der Kriegseltern durch die Erfassung ihrer materiellen Probleme, also insbesondere ihrer Versorgungs- und Wohnverhältnisse, nur zu einem Teil darstellen. Fast ebenso schwerwiegend wie das Problem ihrer materiellen Lage, meist sogar schwerwiegender, sind die allgemeinen menschlichen Probleme der Kriegseltern. Durch den Kriegstod ihrer Kinder sind sie des Glücks beraubt worden, ein erfülltes Alter im Kreise ihrer Familie zu erleben. Auf ihnen lastet in besonderem Maße das Schicksal der Vereinsamung. Es ist gekennzeichnet durch zunehmende Verbitterung und durch das Gefühl, für nichts und niemanden mehr nütze zu sein. Deshalb bedürfen die Kriegseltern ganz besonders der Hilfe und der Fürsorge der Gesellschaft, um ihnen dieses durch Altersbeschwerden verstärkte Leid zu erleichtern.

\* \* \*

Die Bundesrepublik, durch ihre Verfassung als sozialer Rechtsstaat gekennzeichnet, darf an diesen Problemen nicht vorbeigehen, ohne das in den Kräften der Gesellschaft und des Staates stehende zu tun, um sie zu meistern. Der Kriegshinterbliebenenkongreß der SPD ist auf diesem Wege ein erster entscheidender Versuch, zur Lösung dieser Aufgaben einen wichtigen Beitrag zu leisten.

+ + +

Hilflosigkeit

Abschied vom Sozialpaket - auf der Suche nach einem Sozialprogramm

sp - Die Tage des "Sozialpakets" sind gezählt. Für seine Annahme findet sich im Parlament keine Mehrheit. Das hat sogar der Bundestagsabgeordnete K a t z e r, Vorsitzender des CDU/CSU-Sozialausschusses, bestätigt. Bundesarbeitsminister B l a n k müßte, wäre er ein konsequenter Mann, eigentlich seinen Rücktritt anmelden, ist doch seine Sozialpolitik auf der ganzen Linie gescheitert. In der eigenen Fraktion isoliert, von allem Sachverstand verlassen, selbst von seinen engsten Freunden in Bedrängnis gebracht, für seinen Bundeskanzler eine schwere Belastung - was kann dieser Mann überhaupt noch bieten? Sein "Sozialpaket" liegt zerfetzt auf dem Boden.

Schon in der dritten Legislaturperiode des Bundestages scheiterten Blank und die CDU/CSU bei dem Versuch, die gesetzliche Kostenbeteiligung für Krankenversicherte einzuführen. Das hätte für ihn und seine Partei eine heilsame Lehre sein müssen. Doch Blank gehört wohl zu den Unbelehrbaren. Er gab, einem Amokläufer gleich, den Versuch nicht auf, statt eine sozial- und gesundheitspolitische Bestandsaufnahme durchzuführen, nahm er wiederum Zuflucht zum Puschwerk. Die Konsequenzen konnten nicht ausbleiben.

Heute verlangt Katzer, verzweifelt über die durch den Bundesarbeitsminister verursachte ausweglose Situation, ein Sozialprogramm, um für seine Partei zu retten, was noch zu retten ist. Die Einsichten des Führers des linken Flügels der CDU kommen reichlich spät. Im Herbst vergangenen Jahres hatte die sozialdemokratische Bundestagsfraktion vor dem Hintergrund einer völlig verworrenen Beratungssituation beantragt, wiederum beantragt, durch eine Kommission unabhängiger Sachverständiger zunächst ein Gutachten über eine zeitgerechte Neuordnung der sozialen Krankenversicherung erstellen zu lassen. Sachverstand und Mithilfe der Wissenschaft sollten für eine sinnvolle Sozialpolitik nutzbar gemacht, diese wiederum vom Druck der verschiedenen Interessentengruppen gelöst werden. Hauptpunkte der Untersuchung sollten sein: Ausbau der gesundheitlichen Vorsorge mit dem Blick auf das gewandelte Krankheitsbild in der Industriegesellschaft; Sicherstellung der Krankenbehandlung nach dem Stande der ärztlichen Wissenschaft; Fragen nach einem sozialärztlichen Dienst, der nach Form und Inhalt stärker sein soll als ein schematisch angelegtes Kontrollverfahren; die Rolle der Krankenhäuser; Fragen der Finanzierung und Prüfung des Verwaltungsaufwandes u.a. -

Das Unfaßbare geschah; die CDU/CSU, also auch ihr eagenhafter linker Flügel, stimmte geschlossen dagegen, obwohl dieser Antrag konform ging mit der Regierungserklärung Erhards, eine Sozialenchete durchführen zu lassen. Als es hier um die Probe ging, versagte die CDU/CSU, sie sperrte sich gegen allen Sachverstand und verweigerte das Bündnis von Sozialwissenschaft und Politik. Ohne dieses Bündnis lassen sich die Probleme der modernen Industriegesellschaft nicht lösen.

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik schwimmt das Regierungsschiff hin und her, es hat keinen festen Kurs und wegweisende Impulse für einen neuen Anfang sind vom Steuermann und seiner Mannschaft nicht mehr zu erwarten.

### Unpolitische deutsche Jugend ?

---

Von einem Bundeswehrsoldaten der mit wachen Sinnen seine Dienstzeit absolviert, erhalten wir nachstehende Beobachtungen mit der Bitte um Veröffentlichung. Wir kommen diesem Wunsch gern nach.

Die Redaktion

\* \* \*

Die deutsche Jugend steht der Politik im allgemeinen recht passiv gegenüber. Auf Fragen nach Einrichtungen des Staates können wir die unglaublichsten Antworten erhalten. Der junge Bürger ist überfordert, wenn wir Ziele beispielsweise der Demokratie oder des Kommunismus erfragen wollen. Die Jugendlichen leben in einem wirtschaftlich florierendem Land; was haben sie nach Politik zu fragen? Der anhaltende Wohlstand, die Brieftasche des Vaters oder die eigene Lohnnote, lassen auftauchende Probleme durch die rosarote Brille betrachtet, verwässert erscheinen.

Haben hier Schule und Elternhaus versagt? Was hat der junge Bundesrepublikaner an politischer Schulung seinem Landsmann in der Zone entgegenzusetzen?! Wie soll der Bürger aus den freien Teil Deutschlands die Einflüsterungspropaganda des Gegners absorbieren?!

Als erste Abwehrmaßnahme könnte der Staat die Schulbehörden veranlassen, den staatsbürgerkundlichen Unterricht ebenso gründlich durch zu führen, wie Religion oder Mathematik.

Da wird der unerfahrene Soldat aufgefordert, die kommunistischen Sender zu hören, damit er sich mit den Methoden der ideologischen Auseinandersetzung vertraut mache. Bei ungenügender Vorbereitung ist das nicht zu verantworten. Die kommunistische Propaganda ist leider nicht so offensichtlich plump, wie man wissen will. Tatsachen in Verbindung mit Halbwahrheiten und reinen Propagandalügen, sind ein gefährliches, langsam wirkendes Gift. Hier wird die falsche Anti-Kommunismus-Pille verordnet.

Die Wehrdienstzeit bietet dem Staat Gelegenheit, das von Schule und Elternhaus Versäumte etwas gutzumachen. Die politischen Grundbegriffe selbst dem einfachsten Mann zu vermitteln, könnte eine Bewährungsprobe für den jungen Offizier werden und vielleicht auch seinen Ehrgeiz anspornen. Leider sind aber in vielen Fällen die Führungskräfte durch die praktische Ausbildung zeitlich so gebunden, daß diese wichtige Aufgabe ungeschulten Kräften zufällt. Eine generelle Regelung, die den staatsbürgerkundlichen Unterricht in der Bedeutung hebt, würde hier Klärung schaffen. Der junge Mitbürger ist auf der Suche nach Neuem, nach einem Ideal, wenn er es auch nicht erkennbar werden läßt.

Mit pädagogischem Einfühlungsvermögen sollte die Jugend aus ihrer Lethargie aufgeweckt werden, sie sollte Gelegenheit haben, die Gefahr der politischen Unwissenheit an den historischen Vorgängen unseres Jahrhunderts zu studieren. Das Urteilsvermögen darf nicht abstumpfen. Wecken wir die deutsche Jugend und damit das Herz Europas aus ihrem Schlaf, damit uns nicht wieder eine lautstarke aber gefährliche Idee an den Rand des Abgrunds treibt.

+ + +

Prag: "Wir haben Fehler gemacht"

Regime zu einer Reihe unpopulärer Maßnahmen gezwungen

Von Rudolf Hornig

Unter dem Titel "Es ging nicht mehr anders", stellte die in Prag herausgegebene deutschsprachige Zeitung "Aufbau und Frieden" fest, daß das Prager Regime Fehler gemacht hätte, für die jetzt der Tribut gezahlt werden müßte. Die Formulierung der Zeitung "Wir haben Fehler gemacht", kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Fehler den verantwortlichen Gremien zur Last zu legen sind, die sich allerdings jetzt in der angenehmen Lage befinden, auch die Tribute festzulegen. Das Ausmaß der Fehler an dem Ausmaß der Tribute zu messen, dürfte der Öffentlichkeit in der Tschechoslowakei nicht schwer fallen. Denn die Tribute sind empfindlich. Es werden die Wohnungen teurer, es wurden einige wichtige Lebensmittelpreise erhöht, es wird der Zuschuß zum Essen in den Werkskantinen gestrichen und es werden die Renten ab 700 Kronen besteuert.

140.000 Ehepaare haben zuviel Wohnraum

Bei den Wohnungen geht es darum, daß durch die erhöhten Mieten endlich die Kosten für die Reparaturen aufgebracht werden können. In den meisten Fällen wird es sich dabei um beachtliche Beträge handeln, da zu viele Häuser und Wohnungen reparaturbedürftig sind. Selbst bei Neubauwohnungen häufen sich, wie man ständig den Prager Zeitungen entnehmen kann, die Pfuscherarbeiten. Auch Häuser aus vorgefertigten Bauteilen zeigen bald schwere Mängel. Das vor zwei Jahren groß angekündigte Wohnbauprogramm kann nicht eingehalten werden, die End-Termine beginnen sich jetzt schon zu verschieben. Vor allem fehlen Wohnungen für junge Ehepaare und größere Wohnungen für Ehepaare mit Kindern. Hinter der "Mietenerhöhung für Reparaturen" werden bereits Erwägungen sichtbar, die auf eine Wohnungs-Umschichtung hindeuten. So sprach der Prager Rundfunk von einem Gesetz über eine Neuregelung der Wohnraumbuteilung. Es gehe darum, daß rund 140.000 Ehepaare keine Kinder hätten, dafür aber über mehr Wohnraum verfügten, als notwendig sei. Diese 140.000 kinderlosen Ehepaare werden ihre Wohnungen kinderreichen Familien überlassen müssen.

Prager Schinken wurde zur Delikatesse

Ab 10. Februar ist in der Tschechoslowakei eine "Änderung von Preisen für Lebensmittel" in Kraft getreten, die ohne Zweifel für die Öffentlichkeit eine große Überraschung war. Bisher hätte es immer geheißen, daß die ständige Weiterentwicklung der Wirtschaft und deren Ausbau es der heutigen Tschechoslowakei ermöglichen, die Preise immer weiter herabzusetzen und so den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben. Umso empfindlicher mußte die Öffentlichkeit jetzt reagieren, als ihr kurzfristig die Erhöhung einer Reihe von Lebensmittelpreisen mitgeteilt wurde. Die Zeitungen brachten die Mitteilung am 9. Februar. Bereits am nächsten Tag kosteten: Kalbsnuss 35 statt 32 Kronen das Kilogramm, Rostbraten 30 statt 26 und Lungenbraten 35 statt 27 Kronen. Der Hinweis, man habe diese qualitativen Fleischsorten lediglich preislich besser eingestuft, verlor seine Beweiskraft dadurch, daß auch Leber verteuert wurde, die unter die (billigeren) Innereien gezählt wird. Rindsleber kostet jetzt 17, Schweinsleber 27 und Kalbsleber 35 Kronen. Kalbsleber so teuer wie Schnitzfleisch - so etwas hat es in Prag noch nicht gegeben!

Neben dem Fleisch wurden auch die Fleischwaren verteuert. Ein Kilogramm Prager Schinken (geschnitten) muß jetzt mit 70 Kronen bezahlt werden. Umgerechnet nach dem Kurs der Tuzex-Kronen (die man bei Überweisung von Geldbeträgen aus dem westlichen Ausland in Form von Anweisungen für die Tuzexläden erhält) sind das rund 40 DM. Selbst bei Berechnung des Reisekurses für die DM kommen 20 DM heraus. Prager Schinken ist demnach dort, wo er zuhause ist, für die Einheimischen zu einer teureren Delikatesse geworden. Ungarische Salami ist noch teurer; sie kostet jetzt 120 Kronen oder rund 70 Mark das Kilogramm.

Es wurden aber auch die gängigsten Wurstwaren im Preise erhöht (Schinkenwurst z.B. auf 40 Kronen das Kilogramm), ferner eingeführte Fleischkonserven (ein Schweinskotelett kommt auf 12,50 Kronen oder 6,70 DM), eine Anzahl von Fischkonserven und sogar Fischfilet, das jetzt 14 Kronen (über 8 DM) pro Kilogramm kostet. Teurer wurden schließlich importierte Käsesorten. 100 Gramm Emmentaler kosten 3,50 Kronen, eine kleine Schachtel Schweizer Käse kostet 10 Kronen (5,80 DM). Billiger wurden lediglich Eier um 20 Heller das Stück, sowie eingelegte oder sterilisierte Gemüsesorten aus der vorjährigen guten Gemüseernte um 15 bis 45 Prozent.

#### Späte Erkenntnisse

In einer Glosse zu der Erhöhung der genannten Fleischpreise, die sich offenbar in einem stürmischen Telefonbetrieb bei der Redaktion niederschlug, stellte "Vecerni Praha" fest, daß man bisher verschiedene ökonomische Gesetze ignoriert hätte, so das Gesetz von Angebot und Nachfrage. "Aufbau und Frieden" formulierte es so: "Die besonders guten Fleischsorten sind überall auf der Welt erheblich teurer als die geläufigen. Wir haben jetzt die vernünftigen (!) Preisspannen ebenfalls eingeführt und werden sie beibehalten, auch wenn es - das hoffen und wünschen wir alle - wieder zu Preissenkungen kommt". Besonders zu beachten ist an dieser Formulierung, daß diesmal nicht auf das Vorbild der Sowjetunion, sondern auf "überall in der Welt" Bezug genommen wurde. Ob damit der "kapitalistische Westen" gemeint ist?

Eine andere nicht so sehr späte, als sonderbare Erkenntnis findet sich gleichfalls im "Aufbau und Frieden". Es wird da erklärt: "In Werkstätten verkösten sich bei uns nur 29 Prozent der Werktätigen. Sie bekommen zum Mittagessen einen Zuschlag von 1,10 Kcs. Mit Recht fragen sich die anderen Arbeiter, warum sie nicht auch diesen Zuschlag bekommen. Falsch ist nur, daß wir diese überholte (!) Errungenschaft nicht schon abgeschafft haben, als wir noch keine Schwierigkeiten hatten".

Man hat den Kantinenzuschlag demnach abgeschafft, weil es "Schwierigkeiten" gibt. Schwierigkeiten des Regimes oder der Werktätigen? Daß sie auf Kosten der Werktätigen behoben werden sollen, ist genauso bezeichnend wie die Tatsache, daß die neuen Renten von 700 Kronen an besteuert werden. Auch wenn der "Aufbau und Frieden" diese Besteuerung als "fühlbaren Rückschritt" bezeichnen darf, war vielleicht die Steuerfreiheit der Renten auch eine "überholte Errungenschaft"? Es hat ganz den Anschein, als ob noch weitere "Errungenschaften" daran glauben müssen, nachdem man sich einmal entschlossen hat, für die Fehler von gestern die Generation von heute und morgen büßen zu lassen.